



Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 02/2009

8. April 2009

HSH Nordbank: Warum die SPD der Rettung zugestimmt hat

Viele Menschen verfolgen die derzeitigen Rettungsaktionen der Politik für die Banken mit gemischten Gefühlen, auch mit Unverständnis und Wut. Und das durchaus mit Recht, denn es stimmt ja: Während sich über Jahre hinweg einige wenige eine goldene Nase an der maßlosen Zockerei verdient haben und dabei wussten oder zumindest wissen konnten, wie gefährlich ihre Spekulationen auf Dauer waren, soll nun die Allgemeinheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Verluste ausgleichen, also die Zeche zahlen.

Warum beteiligen sich Sozialdemokrat/innen also an diesen Rettungspaketen für die Banken? Und unter welchen Bedingungen? Die Antwort lautet: Wir beteiligen uns, weil Politik und Gesellschaft sich derzeit noch in

Geiselhaft des Finanzkapitalismus befinden, und das im wörtlichen Sinn. Denn die Alternative, das System ohne staatlichen Hilfen kollabieren zu lassen, hätte einen weitgehenden Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft insgesamt zur Folge, was uns am Ende noch viel teurer kommen würde durch den Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen. Doch das bedeutet für uns Sozialdemokrat/innen, dass nicht einfach eine Sanierung in Frage kommt, nach der es dann fröhlich weitergeht wie bisher: Es geht darum, gleichzeitig mit der akuten Rettung einen grundlegenden Umbau des gesamten Finanzmarktsystems durchzusetzen.

Für die HSH Nordbank gilt das gleiche: Die SPD hat dem Rettungspaket in der

Bürgerschaft nur deshalb zugestimmt, weil der Verzicht auf die Rettung der Bank wahrscheinlich volkswirtschaftliche Schäden auch für Hamburg nach sich gezogen hätte, die noch weit höher ausfallen als die nun aufzubringenden Hilfgelder und Garantien. Und sie hat nur unter der Bedingung zugestimmt, dass die schwarz-grüne Senatskoalition eine Reihe von konkreten Bedingungen akzeptiert hat, die zukünftig eine umfassende Kontrolle durch die Parlamente gewährleisten und die Selbstbereicherung der Vorstände durch überhöhte Gehälter, Boni oder hohe Abfindungen beenden. Das Gebaren von Bank und Senat in den vergangenen Jahren wird im Übrigen durch einen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden.

In dieser Ausgabe:

LEICHTE KORREKTUR BEI SAGA-GWG MIETERHÖHUNGEN	2
HERTIE BARMBEK: ZUKUNFT WEITER UNGEWISS	2
FÜR EINE SOZIALE UND GERECHTE FAMILIEN-, KINDER- UND JUGENDPOLITIK IN HAMBURG	3
SCHÜLERAUSTAUSCH IM AUSLAND BRICHT EIN	3
KONTAKT ZU DEN SPD-WAHLKREISBÜROS	4
VERANSTALTUNGSTIPP 1: GUTE ARBEIT FÜR EUROPA	4
BUCHTIPP: HEINER FLASSBECK, GESCHEITERT. WARUM DIE POLITIK VOR DER WIRTSCHAFT KAPITULIERT	4
VERANSTALTUNGSTIPP 2: „MOBBING“ MIT GILLA CREMER IM POLITIKBÜRO	4

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Jessica, Lara, ... und wer dann?

Die Todesursache der kleinen Lara ist noch unbekannt. Der Fall aber lässt erkennen, dass Hamburg seine Kinder eben nicht in dem Maße schützt, wie es erforderlich wäre. Dabei ist eine Maßnahme für besseren Kinderschutz offensichtlich: die Stärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD). In den vergangenen Jahren

kamen immer wieder Hilfescreie in Form von Überlastungsanzeigen aus dem ASD. Wie ging der CDU-Senat damit um? Er ignorierte sie. 2006, also vor drei Jahren, wurde damit begonnen, den Personalbedarf zu ermitteln. Ein Ergebnis der Berechnung stellt der Senat erst 2011 in Aussicht! Das heißt, dass der Senat

bisher überhaupt nicht weiß, welche Personalausstattung erforderlich wäre, um einen ausreichenden Kinderschutz zu gewähren. Auf die steigenden Betreuungszahlen reagierte der schwarz-grüne Senat Anfang des Jahres mit 30 zusätzlichen ASD-Stellen. Zum einen ist das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ver.di

fordert zusätzlich 100 Stellen für eine wirkliche Entlastung. Zum anderen sind die ASD-Stellen mit rund 2.200 Euro Bruttogehalt aber derzeit schlecht bezahlt, dass die neuen Stellen noch gar nicht alle besetzt werden konnten. Diese Missstände sind schon lange

Fortsetzung auf Seite 2

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Jessica, Lara, ...



Foto: SPD-Bürgerschaftsfraktion

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion bei ihrer Haushaltsklausur



Foto: SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ksenija Bekeris bei der SPD-Haushaltsklausur

bekannt. Spätestens seit der Aufarbeitung des Falls Jessica im Sonderausschuss „Vernachlässigte Kinder“

2006 kann niemand mehr behaupten, er oder sie hätte nicht gewusst, dass hier dringender Handlungsbe-

darf besteht. Wie viele Kinder müssen noch sterben, damit endlich etwas passiert?

Leichte Korrektur bei SAGA GWG - Mieterhöhungen in Barmbek-Nord

Sanierungspolitik des Senats bleibt problematisch

Wie im vergangenen Newsletter berichtet, erhöht die städtische SAGA GWG die Mieten bei rund 120 Wohnungen in Barmbek-Nord nach energetischer Sanierung erheblich. Im Durchschnitt werden die Mieten der Wohnungen rund um den Schwalbenplatz um 40 Prozent erhöht, teilweise gehen sie um 60 Prozent rauf. Zwar ist eine energetische Sanierung sinnvoll, sie darf aber nicht allein zu Lasten der Mieterinnen und Mieter und ohne jede Staf-

elung der Mieterhöhung durchgeführt werden. Damit vertreibt die SAGA GWG viele langjährige Barmbekerinnen und Barmbeker aus ihrem Stadtteil und handelt entgegen ihrer Zielsetzung, den sozialen Ausgleich in den Wohnquartieren zu fördern. Ksenija Bekeris und Wilfried Buss haben durch zwei Kleine Anfragen und begleitende Pressemitteilungen auf das skandalöse Gebaren der SAGA GWG aufmerksam gemacht und so den Protest des Mietervereins zu Hamburg unterstützt. Immerhin

konnte über die Presse so viel Druck gemacht werden, dass die SAGA GWG nun zu einem Zugeständnis bereit war: Sie versprach eine Staffelung der Mieterhöhungen. Bekannt ist, dass bei einigen Wohnungen nach einer ersten Erhöhungsstufe die zweite erst nach 15 Monaten erfolgt. Die mit drastischen Mieterhöhungen verbundene Sanierungspolitik der SAGA GWG aber bleibt für die SPD-Fraktion ein Thema.

WILFRIED BUSS:
DIE
ARBEITSPLÄTZE
BEI HERTIE
MÜSSEN
ERHALTEN
BLEIBEN.

Hertie Barmbek: Zukunft immer noch ungewiss

Ksenija Bekeris und Wilfried Buss fordern Erhalt der Arbeitsplätze und eines günstigen Einkaufsangebots am Standort Barmbeker Bahnhof

Die Zukunft der Hertie-Filiale am Barmbeker Bahnhof ist immer noch ungewiss, und das nun schon seit Monaten. Während die anderen beiden Hamburger Hertie-Häuser in Bramfeld und Langenhorn nun offenbar vom Konkurrenten Kaufland übernommen werden, gibt es zur Barmbeker Filiale bisher keine Aussage des Eigentümers oder des Insolvenzverwalters.

Die Kaufhauskette Hertie ist insolvent. Und das wohl nicht aufgrund eigener Fehler, sondern in Folge der Heu-

schreckenpraxis des Eigentümers, eines britischen Investment-Fonds: Hertie muss an eine Tochterfirma seines eigenen Eigentümers vollkommen überhöhte Mieten abführen, die aus den laufenden Umsätzen nicht zu erwirtschaften sind. Deshalb wird nun nach neuen Investoren für die insgesamt 54 Warenhäuser gesucht.

Ksenija Bekeris und Wilfried Buss setzen sich dafür ein, dass auch das Barmbeker Kaufhaus erhalten bleibt: Für den Erhalt der Arbeitsplätze und eines günstigen Ein-

kaufsangebots mit guter Qualität und Auswahl. Diese Forderungen im Interesse der Barmbekerinnen und Barmbeker stellen sie an die jetzigen und zukünftigen Eigentümer.

Aber auch den Senat erinnern sie an seine Verantwortung: „Früher hat Senator Gedaschko großspurig runde Tische zur Hertie-Rettung angekündigt, doch jetzt, wo es ernst wird und ein Eingreifen des Senats gefordert wäre, passiert offenbar gar nichts.“ Das müsse sich ändern.

Für eine soziale und gerechte Familien-, Kinder- und Jugendpolitik in Hamburg

Aktuelle Forderungen der SPD-Fraktion

Alle Kinder sollen eine Chance auf ein gesundes Leben und umfassende Entwicklung haben. Deshalb beschäftigt sich die SPD-Fraktion im Bereich des Kinder-, Familien- und Jugendausschusses mit zwei Schwerpunkten: 1. mit der Versorgung von Kindern mit Kita-Plätzen und 2. mit der Verbesserung der gesundheitlichen Vorsorge.

Kinderbetreuung

Die Grundlagen für die umfassende Entwicklung von Kindern werden früh gelegt. Deshalb muss frühkindliche Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden und darf nicht eine Frage des Geldbeutels der Eltern sein. Die Bürgerschaftsabgeordnete Ksenija Bekeris stellt die Forderung, Plätze vor allem dort anzu-

bieten, wo der Betreuungsbedarf am größten ist. Die Betreuungsquoten in den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen müssen erhöht werden. Die Gruppen müssen in diesen Stadtteilen auf maximal 18 Kinder verkleinert werden. Grundlage für eine Planung von Kita-Plätzen muss der reale pädagogische Bedarf der Kinder sein und nicht der Erwerbsstatus der Eltern. Die vom Senat vorgesehene Beitragsfreiheit für das letzte Jahr vor der Schule kann nur ein erster Schritt sein. Diesem muss zügig die Beitragsfreiheit für die Vierjährigen bzw. für das vorletzte Jahr, das der Schulpflicht vorausgeht, folgen.

Wartelisten sind bei Kitas an der Tagesordnung – und sie werden immer länger.

Der Senat musste einräumen, dass es inzwischen „Nachfrageüberhänge“ an Kita-Plätzen im Bereich der inneren Stadt, in Altona und Eimsbüttel gibt. Der Senat muss seiner planerischen Verpflichtung zu einer regional ausgewogenen Bedarfsdeckung nachkommen

Gesundheitsvorsorge

Vor vier Jahren verhungerte die kleine Jessica. Der Sonderausschuss „Vernachlässigte Kinder“ der Bürgerschaft sprach sich in seinem Abschlussbericht einstimmig für die Einführung verbindlicher Vorsorgeuntersuchungen aus. Der Senat hat dies trotz wiederkehrender Anträge der SPD-Fraktion bis heute nicht umgesetzt. Nun starb am 10. März 2009 die neun Mona-

te alte Lara, obwohl ihre Familie vom „Rauhen Haus“ im Auftrag des Jugendamts des Bezirks Mitte betreut wurde. Die genaue Todesursache ist noch nicht bekannt, aber es steht fest, dass das Mädchen nicht an allen Vorsorgeuntersuchungen teilgenommen hat. Auch deshalb setzt sich die SPD massiv dafür ein, dass Vorsorgeuntersuchungen endlich verpflichtend werden. Zusätzlich fordert die SPD-Fraktion, dass die Mittel für „aufsuchende Hilfen“ und Hausbesuche bei hilfebedürftigen Kindern, Jugendlichen und Eltern durch die entsprechenden Träger und Einrichtungen deutlich erhöht werden. Dazu gehört vor allem eine personelle Verbesserung des ASD (siehe Kommentar auf Seite 1).

Schüleraustausch ins Ausland bricht ein

Ursache ist das Turboabitur an den Gymnasien – SPD kritisiert Hilflosigkeit der Schulbehörde und mahnt dringenden Handlungsbedarf an

In den vergangenen Jahren ist es bei Hamburgs Schülerinnen und Schülern immer beliebter geworden, ein Schuljahr im Ausland zu verbringen. Doch nun brechen die Zahlen ein: Während im Schuljahr 2007/2008 noch 1.180 Hamburger Schülerinnen und Schüler ein halbes oder ein ganzes Jahr im Ausland verbrachten – so viele wie nie zuvor – sind es in diesem Schuljahr nur noch halb so viele (581).

Die Ursache für diesen Einbruch liegt in der Verkür-

zung der Schulzeit an den Gymnasien. Denn der Rückgang findet nur an den Gymnasien statt – an den Gesamtschulen, an denen die Zeit bis zum Abitur weiterhin neun Jahre beträgt, steigen die Zahlen im Gegenteil weiter an. „Offenbar erscheint es den Schülern und ihren Eltern unter dem enormen Zeitdruck an den Gymnasien nicht mehr möglich oder opportun, ein Jahr ins Ausland zu gehen“, vermutet Wilfried Buss.

Die SPD betrachtet diese Entwicklung mit Sorge:

„Bildung ist doch mehr als stumpfe Wissensvermittlung“, so Buss: „Das Turboabitur ohne entsprechende pädagogische Reformen richtet sowieso schon genug Schaden an. Wenn jetzt auch noch die Auslandserfahrungen unter die Räder kommen, ist das äußerst ärgerlich.“

Es besteht also dringender Handlungsbedarf, die Schulbehörde ist gefordert. Doch bisher steht sie dem hilflos gegenüber, sie plant lediglich die Herausgabe eines Infoblattes. Das reicht Buss

nicht: Es geht nicht darum, den Jugendlichen und Eltern die Misere zu erklären. Es geht darum, sie abzustellen.“

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris
Büroleitung: Beate Schmid-Janssen

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di: 10-19 Uhr
Mi-Fr: 09-13 Uhr

www.ksenija-bekeris.de

Abgeordnetenbüro Wilfried Buss
Büroleitung: Sönke Klages

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@wilfriedbuss.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr

www.wilfriedbuss.de

Ausschüsse Ksenija Bekeris

- Eingabenausschuss
- Familien-, Kinder- und Jugend-ausschuss
- Sozial- und Gleichstellungsaus-schuss
- Wissenschaftsausschuss

Ausschüsse Wilfried Buss

- Eingabenausschuss
- Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss
- Schulausschuss

Veranstaltungstipp 1: Gute Arbeit für Europa

Olaf Scholz (Bundesminister für Arbeit und Soziales) und
Knut Fleckenstein (SPD-Kandidat für das Europaparlament)
Dienstag, 28. April, ab 19.30 Uhr
Foyer im Museum der Arbeit (U/S Barmbek)



Buchtipp: Heiner Flassbeck, Gescheitert. Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert

Für Heiner Flassbeck ist die Finanzkrise die Folge von Politikversagen. Der renommierte Ökonom, der zurzeit bei den Vereinten Nationen arbeitet, zeigt anhand konkreter Beispiele, wie sich alle Parteien in den vergangenen Jahren an der Wirtschaftslogik der Unternehmen orientiert haben. Er fordert

eine klare Umkehr durch Ausrichtung an gesamtwirtschaftlichen Konzepten. Was hier in Kürze trocken klingt, liest sich wie ein spannender Krimi. Für alle, die die Krise besser verstehen wollen, ist dies das richtige Buch. Es ist im März für 19,95 Euro im Westend-Verlag erschienen.

Veranstaltungstipp 2: 28.-30. April, „Mobbing“ mit Gilla Cremer im Politbüro

Kann man Theater über die Arbeitswelt machen? Man kann und auch noch spannend und brillant. Aus Anlass des 1. Mai 2009 lädt der DGB vom 28. - 30. April ins Politbüro am Steindamm 45, wo Gilla Cremer ihr umjubeltes Stück „Mobbing“ nach einem Roman von Annette Pehnt auf die Bühne bringt. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes in einer Gesellschaft, in

der sich der Einzelne immer stärker über seine Arbeit definiert, wird für den Gekündigten zum gesellschaftlichen Schuldvorwurf: „Irgendetwas muss er doch gemacht haben“. Die Individualisierung des ökonomischen Prozesses, das Fehlen kollektiver Widerstandsfähigkeit zerstört Schritt für Schritt Solidarität, Loyalität und Vertrauen. Dies zu erkennen und nicht hinzunehmen,

dazu fordert dieses Stück auf. Und deshalb ist es gerade zum 1. Mai 2009 so sehenswert.

